

# Dresdner Journal.



**Königlich Sächsischer Staatsanzeiger.**  
Verordnungsblatt der Ministerien und der Ober- und Mittelbehörden.

Nr. 266.

Donnerstag, den 15. November

1906.

Beauftragt mit der verantwortlichen Leitung: Hofrat Doenges in Dresden.  
Bezugspreis: Beim Bezuge durch die Expedition, Große Zwingerstraße 20, sowie durch die Post im Deutschen Reich 3 M. 60 Pf. vierteljährlich.  
Einzeln Nummern 10 Pf. — Erscheint wochentlich nachmittags. — Fernsprecher Nr. 1296.

Ankündigungen: Die Zeile kleiner Schrift der 6 mal gespaltenen Ankündigungsseite oder deren Raum 20 Pf., die Zeile größerer Schrift der 3 mal gespaltenen Textseite oder deren Raum 50 Pf. Gebührenermäßigung auf Geschäftsanzeigen. — Schluß der Annahme vormittags 11 Uhr.

## Amtlicher Teil.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht, den in den Diensten des Kammerherrn Frhrn. v. Burgl stehenden Personen Oberförster Rigische das Ritterkreuz 2. Klasse des Albrechtsordens und Förster Rosak die Friedrich August-Medaille in Silber zu verleihen.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß die nachgenannten die ihnen von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog von Sachsen verliehenen Ordensdecorationen annehmen und tragen, und zwar das Großkreuz des Großherzogl. Hausordens der Wachsamkeit oder vom weißen Falken: Oberhofmarschall Frhr. v. dem Busche-Streitthorst, Oberstallmeister Generalleutnant J. D. v. Haugl; das Komturkreuz desselben Ordens: Kammerherr Sahrer v. Sahr auf Ehrenberg; das goldene Verdienstkreuz: Rechnungsführer Stephan und Hofgärtner Dedel; das silberne Verdienstkreuz: Tafelbedier Demelt, Rechnungsführer präb. Rechnungsfretär Heinz und Oberwachtmeister Hedwig; das Allgemeine Ehrenzeichen in Silber: Hofkassai Winkler, Heubud Dienhold, Silberkammergehilfe Richter, Kellereigehilfe Epler, Hausmann Mann in Bilau, Schlosswächter Schröter und Torwächter Gerhardt in Moritzburg, Chauffeur Gebulla, die Kutscher Geban und Köbe.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst zu genehmigen geruht, daß der zurzeit in Gehaltsaufhällische Haushofmeister des Kaiserl. Deutschen Gesandten in Teheran Georg Kiehl den ihm von Sr. Majestät dem Schah von Persien verliehenen Sonnen- und Löwenorden 5. Klasse annehme und trage.

An der Königl. Turnlehrerbildungsanstalt zu Dresden soll vom 7.—26. Januar 1907 für Lehrerinnen und geprüfte Turnlehrerinnen ein Wiederholungslehrgang abgehalten werden.

Der Unterricht, der vorwiegend der praktischen Übung gewidmet ist, findet während des Vormittags von 8—12 Uhr und an 3—4 Nachmittagen von 4—6 Uhr statt.

Die Mindestzahl der Teilnehmerinnen soll 16 betragen. Gesuche um Zulassung zu diesem Lehrgange sind unter Beifügung eines Lebenslaufes, der Prüfungszeugnisse und eines amtlichen Nachweises über die Bewilligung des erforderlichen Urlaubes spätestens bis zum 20. Dezember dieses Jahres an das unterzeichnete Ministerium einzuliefern. Ebenso sind an dasselbe etwaige Gesuche um eine Unterstützung aus Staatsmitteln zu richten. Nr. 2043 Sem.

Dresden, den 13. November 1906. 9692

## Ministerium des Kultus und öffentl. Unterrichts.

Die nächste öffentliche Sitzung des Kreisaußschusses findet **Sonnabend, den 1. Dezember dieses Jahres, mittags 11 Uhr** im Sitzungssaal der Königl. Kreishauptmannschaft statt. **Bauern, am 10. November 1906. Nr. 651 III**  
**Der Kreishauptmann. 9691**

## Ernennungen, Beförderungen etc. im öffentlichen Dienste.

**Im Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen.** Bei der Postverwaltung sind ernannt worden: E. E. Roering, leitender Oberpostpraktikant, als Postinspektor; G. E. Rohne, leitender Postanwärter, als etatm. Postassistent.

(Behördliche Bekanntmachungen erscheinen auch im Anzeigenteil.)

## Nichtamtlicher Teil.

### Vom Königl. Hofe.

Dresden, 15. November. In Allerhöchster Vertretung Ihrer Majestät der Königin-Witwe begab sich gestern Ihre Excellenz die Frau Oberhofmeisterin v. Plagk nach Leipzig, um bei dem zum Besten der Leipziger Diakonissen-Anstalt veranstalteten Bazar für Ihre Majestät Einkäufe zu bewirken.

Das Königl. Oberhofmarschallamt gibt bekannt, daß die Anmeldefrist für die aus Anlaß der Einzugsfeierlichkeiten Ihrer Königl. Hoheiten des Prinzen und der Frau Prinzessin Johann Georg am 3. Dezember d. J. im Königl. Opernhaus stattfindende Festvorstellung abgelaufen ist und weitere Anmeldungen nicht mehr berücksichtigt werden können. An sich reichen schon jetzt die verfügbaren Plätze

nicht mehr aus, um alle eingegangenen Wünsche um Vormerkung zu erfüllen.

### Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

Nachdem durch Gesetz vom 29. Mai d. J. die Feuerbestattung staatlich zugelassen und geregelt worden ist, und infolgedessen Feuerbestattungen auch im Bereiche unserer Landeskirche selbst vorkommen werden, haben sich die Bestimmungen der früheren Verordnung des Landeskonfistoriums vom 1. Juli 1901, die sich lediglich auf solche Fälle bezogen, in denen Leichen zur Verbrennung aus dem Lande gebracht wurden, erledigt. Das Landeskonfistorium erläßt daher, zugleich in Berücksichtigung eines Antrags der jüngst geschlossenen Landessynode, in der letzten Nummer seines Verordnungsblatts eine neue Verordnung über die kirchliche Beteiligung in Feuerbestattungsfällen, und bemerkt darin: „Die grundsätzliche Stellung der Kirche zur Feuerbestattung, wie sie in der Verordnung vom 1. Juli 1901 dargelegt ist, bleibt unberührt. Die Feuerbestattung ist keine kirchliche Bestattungsweise. Deshalb bleibt auch weiterhin jede kirchliche Beteiligung bei der Feuerbestattung selbst, wie bei der Beisetzung von Aschenbehältnissen, sie geschehe, wo sie wolle, ausgeschlossen. Vielmehr ist seitens der Kirche auch weiterhin das Begraben der Toten als ehrwürdige christliche Sitte hoch und heilig zu halten und um so treuer zu bewahren, als diese Sitte der schriftgemäßen Auffassung des verstorbenen Leibes als eines Samenkorns, das in Gottes Aker einer fröhlichen Auferstehung harret, entspricht und einen wertvollen Beitrag für das Glaubens- und Gemütsleben des Volkes bildet. In allen diesen Beziehungen besteht, wie die Verhandlungen der VIII. ordentlichen Landessynode und die von dieser ihrem Antrage beigegebenen Einschränkungen ergeben, volles Einverständnis zwischen dem Kirchenregiment und den Vertretern der Landeskirche.“

Unter Wahrung alles dessen ist folgendes verordnet worden:

Die amtliche Beteiligung an Trauerfeiern in Feuerbestattungsfällen ist dem pflichtmäßigen Ermessen der Geistlichen freigegeben. Verpflichtet zur amtlichen Beteiligung ist kein Geistlicher. Die kirchliche Trauerfeier darf im Hause oder in der Kirche gehalten werden, in dieser auch dann, wenn sie sich auf dem Grundstück der Verbrennungsanlage befindet. Die kirchliche Trauerfeier besteht in Wortverkündigung, Gebet und Segen. Sie endet vor der Verbrennung oder Verenkung der Leiche in den Verbrennungsraum, so daß während derselben ein Amtieren des Geistlichen nicht mehr stattfindet. Der Geistliche hat darauf zu achten, daß seine Mitwirkung nicht als kirchliche Billigung der Feuerbestattung zu deuten ist. Zwar wird es weder geboten noch rätlich sein, in der Rede ausdrücklich über die einmal gemählte Bestattungsart vom kirchlichen oder auch vom persönlichen Standpunkt aus zu urteilen. Wohl aber wird der christlichen Auferstehungshoffnung klarer und deutlicher Ausdruck zu geben sein. Gesänge mit überreifen solcher Leichen, die durch Feuer bestattet sind, dürfen auf Gottesädemern nur mit Vorwissen des Kirchenvorstands oder der kirchlichen Gottesadernverwaltung beigelegt, nicht aber über der Erde aufgestellt werden. Die Beisetzung hat unauffällig zu geschehen. Wie bei allen Beisetzungen von Aschengäßen, so sind auch bei den auf Gottesädemern erfolgenden kirchliche Freilichkeiten und amtliche Beteiligung von Geistlichen ausgeschlossen. Die äußeren Ordnungen, unter denen das hienach Zugelassene stattfinden soll, können vom Kirchenvorstand örtlich festgesetzt werden. Auch ist dabei die grundsätzliche Stellung der Kirche zu wahren.

### Deutsches Reich.

#### Die Kaiserin.

(B. T. B.) Baden-Baden, 14. November. Ihre Majestät die Kaiserin ist, von Achem kommend, heute abend 6 Uhr 20 Min. hier eingetroffen und am Bahnhofe von der Großherzogin, der Prinzessin Wilhelm und dem Prinzen Max von Baden begrüßt worden.

#### Der Reichshaushaltsetat-Entwurf für 1907.

Der Reichshaushaltsetat-Entwurf für 1907 wird, wie die „Berl. Pol. Nachr.“ mitteilen, den Bundesrat recht bald beschäftigen können. Man hatte ursprünglich angenommen, daß es möglich sein würde, dem Reichstage den nächstjährigen Etat bei oder kurz nach seinem Wiederzusammentritt vorzulegen. Es hat sich herausgestellt, daß dies unmöglich ist. Im übrigen hat sich die Einbringung des Etats beim Bundesrate der Regel nach erst um die Mitte November vollzogen. Der Bundesrat dürfte nun, wie gewöhnlich, einige Wochen auf die Durchberatung verwenden, in dessen ist man in Regierungskreisen der Ansicht, daß die Vorlage des Etats beim Reichstage sich im Dezember frühestens genug wird vollziehen lassen können, um hier die erste Lesung noch vor den Weihnachtsferien glatt zu beenden. Es wird auf die Ermöglichung einer solchen Geschäftsdisposition um so mehr hingestrebt werden, als im nächsten Jahre das Oberfest auf einen verhältnismäßig frühen Termin fällt, also nach der Beendigung der Weihnachtsferien nicht so viele Sitzungstage wie sonst zur Verfügung stehen, um den Etat rechtzeitig fertig zu stellen.

### Die polnische Agitation.

(Berl. Morgenbl.) Bosen, 14. November. Die Domkapitel von Bosen und Gnesen richteten an den Kaiser eine umfangreiche Denkschrift mit der Bitte, um Wiedereinführung des polnischen Religionsunterrichts. Außer vom Erzbischof v. Stablewski ist sie noch von den Weihbischöfen Willowski, Andrejewicz-Gnesen und sämtlichen Domherren, darunter auch deutschen, unterschrieben.

### Vom Reichstage.

Sitzung vom 14. November 1906.

Am Bundesratssitz: Reichskanzler Fürst v. Bälou, die Staatssekretäre v. Tirpitz, Frhr. v. Stengel, preussischer Kriegsminister v. Einem, Kolonialdirektor Dernburg.

Interpellation des Abg. Wasserfmann betreffend die auswärtige Politik.

Der Reichskanzler erklärt sich bereit, die Interpellation sofort zu beantworten.

Abg. Wasserfmann (nl.) weist in der Begründung der Interpellation auf das starke Gefühl der Unzufriedenheit und Verstimmung im Vaterlande in den letzten Wochen hin. In dieser Richtung habe die Presse fast aller Parteien sich ausgesprochen. Insbesondere habe die Veröffentlichung der Memoiren des Fürsten Hohenhausen über das vorzeitige Ausscheiden Bismarcks aus dem Amte dieses Gefühl genährt. Das Vertrauen, das zu Bismarcks Zeiten vorhanden gewesen sei, beherrsche das deutsche Volk heute nicht mehr. Vielmehr sei man der Meinung, daß die hohen Posten und die erprobten Stellungen in der Diplomatie nicht durchweg nach der Leistungsfähigkeit besetzt würden, sondern daß Rücksichten auf die persona grata und gratissima ausschlaggebend seien. (Sehr gut! links.) Die zielbewusste Friedenspolitik Bismarcks sei geschwunden; zu seinen Zeiten sei Deutschland noch beliebt gewesen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Unser Verhältnis zu Italien habe sich langsam verschlechtert, Italiens öffentliche Meinung neige mehr zu Frankreich, dazu komme die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Österreich und Italien. Österreich habe auf der Konferenz in Nicosia nicht die Rolle des brillanten Sekundanten, sondern die des unparteilichen Richters gespielt. Die Verhältnisse in Rußland seien für uns nicht günstig. Eine Einmischung in die inneren Verhältnisse Rußlands habe er jedoch für ausgeschlossen. Der Angelpunkt der Politik liege jedoch in England, das mit seiner zielbewussten Politik auf Isolierung Deutschlands hinarbeiten scheine. Die gegenwärtige Lage sei nicht ruhig, wenn gleich eine akute Gefahr nicht vorhanden sei, auch gegenüber dem Ministerium Clemenceau nicht. Wir lebten heute in einer Zeit, wo der Friede nur durch Bündnisse aufrechterhalten werden könne, deshalb scheine die Gefahr für Deutschland besonders groß zu sein. Die Unruhen auf dem Balkan und die Verhängung Englands über die asiatische Bewegung verlangten ebenfalls höchste Aufmerksamkeit. Unsere Politik löse vielfach Mißtrauen und Skepsis vermischen. Eine momentane Kriegsjahr liege zwar nicht vor. Eine offene Aussprache über die allgemeine Politik könne jedoch immerhin nichts schaden. Man wünsche sie jedoch nicht aus dem Gefühl der Angst oder Schwarzseherei heraus. Der Grundzug dieser Aussprache müsse Offenheit und Wahrheit sein. (Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Reichskanzler Fürst v. Bälou spricht zunächst seinen Dank aus für die vielen freundlichen Beweise persönlichen Wohlwollens während seiner Erkrankung. In der Beantwortung der Interpellation behält sich der Reichskanzler vor, auf manche von Wasserfmann berührte Punkte im Laufe der Debatte zurückzukommen. Was das Verhältnis zu Frankreich angehe, so müsse man unterscheiden zwischen dem, was vielleicht wünschenswert und was nach Lage der Dinge möglich sei. Der Gedanke eines engeren Anschlusses oder Bündnisses mit Frankreich, wie er hier und da in der Presse aufgetaucht sei, sei bei der Stimmung in Frankreich nicht realisierbar. Je weniger Allianzen wir uns in dieser Beziehung hingeben, um so besser wäre es für uns. Die Gründe hierfür lägen in den Ereignissen der Vergangenheit. Die Verhaftigkeit des französischen Patriotismus, der hochgespannte und harte Ehrgeiz des französischen Volkes nötigten uns, militärisch ein vordringen zu sein, um nicht nur das verlorene Blut an den Bogen zu wahren, sondern auch die endlich so spät und so wiedererworben worden sei, sondern auch die endlich wiedererrungene Einheit der Nation und ihre endlich wiedererrungene Machtstellung; die innere Einheit und die Einheit nach außen würden noch wirksamer als die Erwerbung von Weh und Straßburg verhindern, daß künftig deutsches Gebiet wieder der Zummelplatz fremder Kriegslust werde. Auch Italien, Frankreich anderer Nachbar, könne sich heute als getreue Großmacht und durch den Dreibund gestützt, Frankreich nähern, ohne die Befürchtung, von Frankreich abhängig zu werden. Man sage manchmal, die Franzosen wünschten eine Annäherung an Deutschland; aber noch kein Minister, kein Delegierter sei unter sich und annehmbareren Voraussetzungen dafür eingetreten. (Laut links: Jaured!) Fürst Bälou: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer. Wir alle wissen, daß die Zahl derjenigen Franzosen, die einen Angriffskrieg mit Deutschland grundätzlich verwerfen, zunimmt. Wir hoffen weiter, daß auf wirtschaftlichem Gebiet ein gemeinsames Vorgehen zwischen den beiden Nationen möglich sein wird. (Zustimmung rechts und in der Mitte.) Wir wollen uns nicht in die Allianz zwischen Frankreich und Rußland einmischen. Es ist zu begrüßen, daß auch französische Mächte ausgesprochen haben, ein gutes Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland sei notwendig für die Erhaltung des Friedens. (Sehr richtig.) Zwischen Deutschland und England bestehen keine tieferen politischen Gegensätze; in geistiger Beziehung, in Kunst und Wissenschaft stehen beide Völker sich nahe. Wirtschaftlich sind sie auf einander angewiesen; aus der Konkurrenz braucht kein politischer Gegenjah, kein Krieg hervorzugehen. Beide Völker müssen gegenseitig als gute Kunden sich einander erhalten. (Sehr richtig! links.) Redner spricht dann seine Befriedigung über die freundlichen Reden bei der Annäherung der deutschen Bürger-